

Druckerei: Gatz 42/44, Herruf Nr. 4087. Das 'Volkblatt' erscheint mit Ausnahme der Sonntag- u. Feiertage mit dem tägl. Unterhaltungsblatt sowie den Beilagen 'Den Namen' und 'Unser Jugend'. In Berlin ist eingelangt: Manuskript für Heft 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.



**Tageszeitung**  
der

**Vereinigten Sozialdemokratischen Partei**

**für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg**

**So das Rheinland entmilitarisiert oder internationalisiert werden?**

**Poincarés Pufferstaat-Politik keine Verhandlungsgrundlage.**

Die Ruhrbesetzung und die allmähliche Räumung des neuerebten Gebiets.

Die Tatsache, daß die Berliner Presse seit Wochen mannschaftlich von Verhandlungsmöglichkeiten spricht — allerdings unter der Voraussetzung einer deutschen Kapitulation, und das macht sie für uns zu Verhandlungsunfähigkeiten — beweist doch, daß dort ein hartes Schicksal nach längerer Dauer der unangenehmsten Ausdrucksweise steht.

In diesem Zusammenhang sei eine Berliner Meldung der 'Times' erwähnt, wonach die französische Regierung die britische Regierung befragt habe, ob Großbritannien geneigt sei, sich an Verhandlungen zu beteiligen, die dazu bestimmt seien, die Abwicklungsbedingungen des Friedensvertrages Deutschland gegenüber zu erörtern.

Wie auch der tatsächliche Wortlaut der französischen Mitteilung besagen sein möge, es sei klar, daß sowohl eine neue Frage vorgebracht werde und daß die Tür für interalliierte Beratungen über die Sicherheit Frankreichs geöffnet werde. In dem Augenblick, in dem der Gedanke der potentiellen militärischen Stärke Deutschlands der Alliierten vorgelagert werde, werde es leicht sein, die Verhandlungen von der Frage der Reparationen auf die Frage der Sicherheit auszuweichen. Wie erinnerlich seien nicht offiziell verschiedene Pläne zur Erzielung der Sicherheit Frankreichs vorgebracht worden. Der eine Plan sei die Schaffung eines internationalen oder internationalen Komites der Alliierten und der Ruhrbesetzung, ein anderer Plan die Entmilitarisierung des linken Rheingebietes unter Kontrolle der Alliierten vor. Weitere Pläne umfaßten die Schaffung eines Pufferstaates mit autonomer Verwaltung und die 'Internationalisierung' des linken Rheingebietes unter Kontrolle des Völkerbundes.

Dazu schließt die in Fragen des deutsch-französischen Verhältnisses dieses Informierte 'Volk. Bl.' u. a. folgendes:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bedingungen, unter denen die Franzosen bereit sind, das Ruhrgebiet zu räumen, angeblich Gegenstand von Verhandlungen zwischen England und Frankreich sind, deren Einzelheiten in den obigen Bestimmungen bezeichnet worden sind. Es handelt sich dabei um weitestgehend die alte Forderung der 'Sicherheiten' für Frankreich gegen irgendwelche militärischen Vergehungen im Rheinland. Wenn man den Wortlaut der verschiedenen Zeitungsstimmen zugrunde legen wollte, so müßte man annehmen, daß es den Franzosen darauf ankomme, die Ruhr gegen den Rhein zu tauschen und gegen die Räumung der Ruhr die Bildung eines Pufferstaates aus dem Rheingebiet von England als Bewilligung zu betrachten. Daß die Zustimmung zu solchen Plänen von deutscher Seite zu erlangen unmöglich wäre, bedarf gar keiner Erwähnung; denn es gäbe keine Regierung in Deutschland, die einen solchen Plan diskutieren, geschweige denn vor den Parlamenten bringen könnte.

Tatsache ist, daß schon seit geraumer Zeit — zuerst noch auf der Konferenz in Genéve — aber der wichtiger offizieller Führer der französischen Regierungskreise — aus dem Zweck nach Deutschland auszuweichen worden sind, um zu erörtern, ob eine einigliche Regelung der Rheinlandfrage zwischen Deutschland und

Frankreich zu erreichen sei. Dabei sollte es sich nicht darum handeln, daß das Rheinland französisch bleibt, sondern daß bei einiglicher Regelung der Reparationsfrage auch das Rheinland einseitig von französischen Truppen geräumt werde unter der Bedingung, daß es geringe, irgendwelche 'Konzepte' über die tatsächliche 'Internationalisierung' heranziehen.

Wenn die französische Regierung ihre Vorklage präzisiert, so wird man sie in Deutschland diskutieren. Das steht aber vornehmlich fest, daß irgendwelche Projekte, die sich gegen die Einheit oder die Souveränität des Reiches richten, überhaupt nicht diskutabel sind. Dagegen hat die deutsche Regierung bereits verschiedentlich betont, daß sie bereit ist, daran mitzuarbeiten, den Franzosen die Sicherheit zu verschaffen — zwar nicht gegen die Kriegslage Deutschlands, denn die gibt es in der Welt nicht gegen die deutsche Bevölkerung nicht —, sondern gegen die Angriffschritte im eigenen Lande.

Soweit die 'Volk. Bl.', deren hier mitgeteilte Auffassung in dem großen Maße von uns unterschrieben werden kann. Daß die Frage der Entmilitarisierung des Rheinlandes ein bestimmtes Interesse des Reiches sowie die Befreiung der französischen Ruhrgebiete vor dem abgemessenen härteren deutschen Volk an der Stelle einer von der deutschen Regierung zu befolgenden aktiven Verhandlungspolitik zu setzen haben, ist an dieser Stelle schon mehrmals ausgesprochen worden. Ebenso selbstverständlich aber ist, daß es keine von immer geräute Regierung in Deutschland geben würde, die sich mit der Internationalisierung des Rheinlandes, einverstanden erklären könnte. Die rheinische Arbeiterschaft, die entsprechende Vertreterin des Einheitsstaatsgedankens und die Sozialdemokratie der Weimarer Republik, würde eine deutsche Zustimmung zu einer internationalen, politischen und kulturellen Trennung des rheinischen Ruhrgebietes von seinen deutschen Besitzern nicht nur ablehnen, sondern auch die entsprechenden Maßnahmen entgegenzusetzen und sich damit der Grundlage für einen erfolgreichen Kampf um seine elementaren Ziele bereiten sehen. Die Internationalisierung des Rheinlandes kann deshalb niemals eine Verhandlungsgrundlage sein. Ebenso entschieden muß die Ansicht des Herrn Poincaré zurückgewiesen werden, daß Ruhrgebiet einseitig nach dem Ertrage der deutschen Erfüllung zu räumen. Da Deutschland auch bei einer Reduktion der Schuld auf 50 bis 60 Milliarden Goldmark mindestens 50 Jahre Zeit gebraucht, um seine Schulden abzurufen, würde ein Eingehen auf die Poincaréschen Vorklagen nichts weiter als die Ausweitung der Weimarer Ruhrbesetzung auf ein halbes Jahrhundert bedeuten. Kein Ruhrarbeiter denkt daran, die Kontrolle des französischen Militärs und die Weimarer Ruhrbesetzung zu ertragen, bis sie seine und die ihm nachfolgenden Söhnen auf sich zu nehmen. Es ist darum notwendig, Poincaré auch diese Seite der Sache ungenügend zum Bewußtsein zu bringen.

Ebenso notwendig aber ist, dem französischen Volk wie der ganzen Welt offen und klar zu sagen, was Deutschland will und wie es auf die Befreiung all seiner Kraft sein Möglichstes tun wird, um die berechtigten Forderungen seiner Entsetzter zu erfüllen und die internationale Gerechtigkeit zu erlangen. Wir sind der Überzeugung, daß das französische Volk eine solche Sprache verstehen und erforderlichenfalls das Notwendige tun wird, um auch den Regierenden seines Landes das nötige Bewußtsein beizubringen. Und das ist der Zweck einer aktiven deutschen Politik.

**Geiselnhaftungen in Essen.**

Wegen angeblicher Erschießung eines französischen Postens.

S o s u n n, 19. März.  
Nach französischen Angaben ist in der Nacht zum Sonntag am Essener Hauptbahnhof ein französischer Posten erschossen worden. Die Franzosen nehmen natürlich an, daß der Täter ein Deutscher sei. Sie haben daraufhin heute früh die folgenden Herren als Geiseln verhaftet: Reichsgerichtspräsident Dr. Gieseler, Landgerichtspräsident Dr. Volmer, ferner der Direktor der Essener Reichsbahnstelle Bedat, sowie je einen Direktor sämtlicher Essener Großhandelsbetriebe. Der stellvertretende Bürgermeister Sobbe sollte gleichfalls verhaftet werden, wurde aber nicht gefunden.

S o s u n n, 20. März. (M. B.)

General Journer hat durch einen Aufruf anlässlich des 1. März, daß der Major des französischen Soldaten bekannt sei. Die Geiseln würden in Freiheit gesetzt, sobald der Täter von den deutschen Behörden übergeben werden würde. Sollten der oder die Schuldigen nicht ermittelt werden, so behalte sich der General vor, der Stadt Essen eine Geldstrafe aufzuerlegen, deren Summe nach festgelegt werden soll. Wie jetzt in Essen geschieht, werden die Geiseln des erschossenen Postens in die in den Franzosen beschlagnahmte Wohnung des holländischen Kaufmanns gebracht. Es handelt sich um den Besitzer im Keller des besetzten Bahnhofs. Der französische Soldat ist von außen durch einen Schuß getötet worden. Über den Person der Tat sind Ermittlungen von deutscher Seite im Gange. Die in Essen angelegten Vernehmungen über die Erschießung eines französischen Soldaten und des Ruhrbrüderleiters Schulte

ergaben einwandfrei, daß Schulte ohne jeden Anlaß erschossen worden ist, insofern andere doch erst als Täter bei dem Anschlag gegen den französischen Soldaten in Frage kommt. Die Besonderen und Angehörigen des Leibes- und Antisemitismus, der Staats- und Antisemitismus, sowie die bei den Gerichten angelegten Rechtsanträge haben wegen der Verhaftung des Landgerichtspräsidenten Solmer beim General Journer Protest erhoben.

**Richtlinien zur sächsischen Regierungsbildung.**

Berlin, 20. März.

Der 'Vorwärts' meldet aus Dresden die Richtlinien, auf Grund deren die Vereinbarung zwischen den sächsischen Sozialdemokraten und den Kommunisten über die Regierungsbildung abgeschlossen ist. In der Spitze stehen die Bestimmungen über den Entwurf eines Amteingetages, nach dem Strafrechtsgewähr wird für Not- und Minderungsbedürfnisse. Auch für politische Defizite soll im Wege der Einzelbeurteilung Summe gewährt werden. Zur Bildung von 1000 Einwohnern sollen in den Gemeinden mit über 10000 Einwohnern außer Kontrolle der Gendarmen und der Polizei Versammlungsorte eingerichtet werden. Weiter werden Grundzüge für die Bildung von Arbeiterkammern aufgestellt, die vor Erbringung und Erlass von Gesetzen und Verordnungen aufzufassen sollen. Die beiden Parteien verabschiedeten Abkommensentwürfen in Sachen gegen den Faschismus bilden.

Wir werden, sobald uns die Richtlinien im Wortlaut vorliegen, dazu juristisch kommen.

Seitigegehaltstelle: Gatz 42/44, Herruf 4087. Das 'Volkblatt' erscheint mit Ausnahme der Sonntag- u. Feiertage mit dem tägl. Unterhaltungsblatt sowie den Beilagen 'Den Namen' und 'Unser Jugend'. In Berlin ist eingelangt: Manuskript für Heft 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Betriebsräte, Kommunisten und die Befehung des Ruhrgebiets.**

Wir entnehmen den nachstehenden, sehr bemerkenswerten Aufsatz der in Wochen erscheinenden 'Berger Arbeiterzeitung', also dem Organ berliegenden Arbeiterschaft, die in vorberer Linie des Abwechslungs gegen den französischen Kapitalismus steht, eine Tatsache, in der die Bedeutung des Ruhrgebiets liegt.

Es ist bekannt, daß die Befehlsmacht im Ruhrgebiet von Anfang an erklärt hat, daß sie nicht beabsichtigt, die Gewerkschaften besondere Schwierigkeiten zu machen. Einleitend ist dieser Wille natürlich nicht allen Franzosen, die an der Ruhrbestellung interessiert sind. Wir kennen den Ausdruck eines französischen Industriemagnaten, der vor kurzem sagte:

'Unser Kampf an der Ruhr gilt nicht nur der deutschen Schwerindustrie und der deutschen Regierung, sondern auch den Arbeiterorganisationen, die zu mächtig geworden sind!'

Es gibt also sicherlich französische Kreise, die die Befehlsmacht der Gewerkschaften als ein Ziel betrachten, das sie auf unzulässige Weise zu zerstören wünschen. Es gibt andere französische Kreise, die geglaubt haben, die Gewerkschaften gegen die deutsche Regierung, gegen das deutsche Volk benutzen zu können. Sie dürften schon lange eines Besseren belehrt sein. Unseren Kampf gegen unsere Kapitalisten führen wir allein. Hilfe der Franzosen dabei leisten wir ab, da uns, abgesehen von grundsätzlicher Ablehnung solcher Hilfe, die sozialen Zustände in Frankreich keine Gewähr dafür bieten, daß solche Hilfe nicht gemeint ist und das Gedeihen der Unternehmen zu fördern werden.

Andere Arbeiterorganisationen haben die Wiederherstellung des Ruhrgebiets als ein Ziel betrachtet, und das ist natürlich richtig. Deutschland aber und nicht Frankreich, ist das Land, das die Wiedergewinnung der Arbeiterschaft, insbesondere nicht ohne die Hilfe der Arbeiter. Um 10 mehr Arbeit an der Ruhr gegen die Gewalt an der Ruhr zu gewährleisten, die nach dem Krieg der ganzen nicht belagerten französischen Welt das ungenutzte Mittel zur Erlangung von Reparationen ist, die aber darüber hinaus einen Ausfluß militärischer imperialistischer Geistes darstellt, gegen den sich die organisierte Arbeiterschaft bis auf das Letzte wehren muß.

Verhandlungen? Ja, offizielle Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern jederzeit, aber einseitigem Diktat beizugehen wir uns gütlich nicht!

Es darf nun nicht unübernommen, daß interessierte französische Kreise nach Möglichkeiten haben, mit einem Teil der Arbeiterschaft zu Verhandlungen zu kommen. Hier werden einmal die Arbeiter und Angestellten im Ruhrgebiet auf diesen Standpunkt setzen. Aus dem Lager der Arbeiterschaft wird uns etwas anderes berichtet. Dort haben tatsächlich individualistische und unkonstruktive Betriebsratsmitglieder bei Verhandlungen mit den Belgiern eine Rolle gespielt. Die in scharfem Widerspruch sich befindlichen Aussagen der Zeitungen und Zeitungsberichte haben wir zu betonen, daß unsere Betriebsräte mit feiner, französischer Stelle über allgemeine Fragen verhandeln und daß sie vornehmlich auf die Einzelfragen, die mit irgendeiner Stelle der Befehlsmacht betreffen werden müssen, nicht ohne das vorherige Einverständnis des Verbandes tun.

Wir dürfen annehmen, daß alle Organisationen der Arbeiterschaft und Angestellten im Ruhrgebiet auf diesen Standpunkt setzen. Aus dem Lager der Arbeiterschaft wird uns etwas anderes berichtet. Dort haben tatsächlich individualistische und unkonstruktive Betriebsratsmitglieder bei Verhandlungen mit den Belgiern eine Rolle gespielt. Die in scharfem Widerspruch sich befindlichen Aussagen der Zeitungen und Zeitungsberichte haben wir zu betonen, daß unsere Betriebsräte mit feiner, französischer Stelle über allgemeine Fragen verhandeln und daß sie vornehmlich auf die Einzelfragen, die mit irgendeiner Stelle der Befehlsmacht betreffen werden müssen, nicht ohne das vorherige Einverständnis des Verbandes tun.

Wir dürfen annehmen, daß alle Organisationen der Arbeiterschaft und Angestellten im Ruhrgebiet auf diesen Standpunkt setzen. Aus dem Lager der Arbeiterschaft wird uns etwas anderes berichtet. Dort haben tatsächlich individualistische und unkonstruktive Betriebsratsmitglieder bei Verhandlungen mit den Belgiern eine Rolle gespielt. Die in scharfem Widerspruch sich befindlichen Aussagen der Zeitungen und Zeitungsberichte haben wir zu betonen, daß unsere Betriebsräte mit feiner, französischer Stelle über allgemeine Fragen verhandeln und daß sie vornehmlich auf die Einzelfragen, die mit irgendeiner Stelle der Befehlsmacht betreffen werden müssen, nicht ohne das vorherige Einverständnis des Verbandes tun.

Wir dürfen annehmen, daß alle Organisationen der Arbeiterschaft und Angestellten im Ruhrgebiet auf diesen Standpunkt setzen. Aus dem Lager der Arbeiterschaft wird uns etwas anderes berichtet. Dort haben tatsächlich individualistische und unkonstruktive Betriebsratsmitglieder bei Verhandlungen mit den Belgiern eine Rolle gespielt. Die in scharfem Widerspruch sich befindlichen Aussagen der Zeitungen und Zeitungsberichte haben wir zu betonen, daß unsere Betriebsräte mit feiner, französischer Stelle über allgemeine Fragen verhandeln und daß sie vornehmlich auf die Einzelfragen, die mit irgendeiner Stelle der Befehlsmacht betreffen werden müssen, nicht ohne das vorherige Einverständnis des Verbandes tun.

Wir dürfen annehmen, daß alle Organisationen der Arbeiterschaft und Angestellten im Ruhrgebiet auf diesen Standpunkt setzen. Aus dem Lager der Arbeiterschaft wird uns etwas anderes berichtet. Dort haben tatsächlich individualistische und unkonstruktive Betriebsratsmitglieder bei Verhandlungen mit den Belgiern eine Rolle gespielt. Die in scharfem Widerspruch sich befindlichen Aussagen der Zeitungen und Zeitungsberichte haben wir zu betonen, daß unsere Betriebsräte mit feiner, französischer Stelle über allgemeine Fragen verhandeln und daß sie vornehmlich auf die Einzelfragen, die mit irgendeiner Stelle der Befehlsmacht betreffen werden müssen, nicht ohne das vorherige Einverständnis des Verbandes tun.

**Vormittag 10 Uhr: Dollar 20900**  
Zensung: Stahl.







Halle und Saalkreis.

Halle, den 20. März 1923.

Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.

Die Gas- und Wasserpreise werden für den Verbrauchsmonat März ab dem 1. April für Gas auf 650 M., für Wasser auf 185 M. ...

Table with exchange rates for 1918 and 1923. Columns: 1918, März 1923, Steigerung. Rows: 1 Dollar, 1 Zent, 1 Pfennig, 1 Krone, 1 Mark, 1 Reichsmark.

Man sieht hieraus, daß die Preise für Gas und Wasser nur um einen Bruchteil der Preise des kaufkraftschwächsten Rohstoffes, der Kohle, gesteigert worden sind.

Eine Kasse der Notgemeinschaft.

Als weiterer Bestandteil der Deutschen Notgemeinschaft gilt neben dem Grunde zur Erhaltung und Werbung der Volkshilfe ...

Heizung der Schulen bis 28. März.

Annahme der Gewerbesteuer. - Keine Änderung der Straßenreinigung. Schulgelderböschung. - Die Sparmaßnahmen bei der Straßenbahn beschloßen.

Noch immer ruft Ersten in der Stadtbetriebsleitung. Nicht einmal die Niederschrift über die Sitzung, in der die Vorlage über die Weiterverpachtung des Gutes ...

Im übrigen brachte die Sitzung eine Länge der Verhandlungen, die diesmal in keinem Verhältnis zur Wichtigkeit der Tagesordnung stand ...

Zu bemerken wäre nur noch das bei den Abstimmungen geübte Verfahren. Ueber Annahme oder Ablehnung einer Vorlage ...

Verlauf der Sitzung.

Für den stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverwaltung ...

Entgegen den Ausführungen des Berichterstatters, Stadtbetriebsleiter, meldete sich Stadtrat ...

Heizung der Schulen bis zum 28. März wurde zugestimmt, ebenso dem der 1. Million Mark an die Volkshochschule ...

Erhöhung des Schulgeldes an den hiesigen Schulen bemerkte Stadtrat ...

Zu den Änderungen bei der Straßenbahn forderte der Genosse ...

Revolutionsfeier der republikanischen Jugend.

Der 17. März, der die Gründung der Republik feiert, wird am 20. März ...

Parteienrichtlinien. Große Funktionalisierung.

Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsvertrauensleute! Am Mittwoch, den 21. März, abends 7 Uhr ...

Fraktionenversammlung der USPD.

Am Mittwoch, den 21. März, abends 8 Uhr, allgemeine Mitgliederversammlung der USPD ...

Strafen für die Zurückhaltung der Leistungsfähigen. Der Amtliche ...

Diemitz. Ueber das Reichsmietengesetz hielt am vergangenen Donnerstag in einer ...

Der Kampf gegen die Nahrungsmittelfälschung

Die Tätigkeit des hiesigen Nahrungsmittel-Untersuchungsamts im Jahre 1922.

Wie in früheren Jahren, so bestand auch im Berichtsjahre 1922 die Haupttätigkeit des hiesigen ...

251 Lebensmittel zur Untersuchung.

Weitens die Mehrzahl dieser Proben, nämlich 241, wurden durch die ...

Fleisch und Fleischwaren.

Eine größere Anzahl Sachverständigen enthielt ...

als Unbedenklich erkannt.

Wie sich herausstellte, war dieses Fleisch bei einem unbedenklichen ...

Umsatz.

Dieses wichtige Lebensmittel, das noch heute am leichtesten ...

große Verwässerungen wurden festgestellt.

so daß das Gericht empfindliche Strafen verhängte. Ein ...

Butter.

Die Mehrzahl der Untersuchungen bezog sich auf übermäßigen ...

Margarine.

Ähnlich wie bei der Butter wurden auch bei der Margarine ...

Weste, ihre Rohstoffe und Zubereitungen.

Verunreinigungen waren: Zu hohe Auswaschung bei ...

Das Gebiet der Conquaterung.

stell ein rechtliches Kapitel dar. Von 20 Proben ...

